

Situation in den Herkunftsländern

- Nigeria

„Es wird vor Reisen in die nördlichen Bundesstaaten Borno, Yobe, Adamawa, Bauchi und Gombe gewarnt.

Darüber hinaus wird auch von nicht notwendigen Reisen in die übrigen Landesteile Nordnigerias abgeraten.

Wegen des besonders hohen Entführungsrisikos wird außerdem von Reisen in die Bundesstaaten Kaduna (insb. Südkaduna), Plateau, Nassarawa, Benue, Delta, Bayelsa, Rivers, Imo (insb. Hauptstadt Owerri), Abia, Anambra, Ebonyi, Edo, Enugu, Delta, Kogi, den südlichen Teil von Cross Rivers, Ogun und Akwa Ibom abgeraten. Das Risiko von Entführungen ist in ganz Nigeria gegeben. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation nehmen rein kriminelle Entführungen mit dem Ziel der Lösegelderpressung in jüngster Zeit zu.

Abgeraten wird zudem von Reisen in die vorgelagerten Küstengewässer. Im Golf von Guinea besteht eine erhöhte Gefährdung durch Piraten.

Darüber hinaus kommt es in den nördlichen Landesteilen fortgesetzt zu terroristischen Gewaltakten, wie z.B. zu Angriffen und Sprengstoffanschlägen militanter Gruppen auf Sicherheitskräfte, Märkte, Schulen, Kirchen und Moscheen.

In der Hauptstadt Abuja und in ihren Vororten kam es zuletzt 2015 zu Bombenanschlägen. Die Gefahr von weiteren Anschlägen, auch in anderen Metropolen Nigerias, besteht fort. Darüber hinaus finden im ganzen Land immer wieder Kontrollen und einschränkende Maßnahmen der Sicherheitskräfte statt.

In Nigeria können, meist kaum vorhersehbar, in allen Regionen lokale Konflikte aufbrechen. Ursachen und Anlässe der Konflikte sind meist politischer, wirtschaftlicher, religiöser oder ethnischer Art. Meist sind diese Auseinandersetzungen von kurzer Dauer (wenige Tage) und örtlich begrenzt (meist nur einzelne Orte, in größeren Städten nur einzelne Stadtteile). Insbesondere die Bundesstaaten Benue und Bauchi sind derzeit von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen.

In der Gegend zwischen den Städten Kaduna (Kaduna State), Minna (Niger State), Jos (Plateau State) und Abuja (FCT) ist eine erhöhte Präsenz bewaffneter Gruppen und damit eine erhöhte Gefahr bewaffneter Überfälle und Entführungen zu verzeichnen. Für Überlandfahrten in dieser Gegend sollten gut gesicherte und gepanzerte Fahrzeuge und ggf. Begleitschutz genutzt werden. Nachtfahrten und

Nebenstraßen sollten grundsätzlich gemieden werden. Mit kurzfristiger Sperrung der Grenzübergänge in die Nachbarstaaten Kamerun, Tschad und Niger durch die Sicherheitskräfte muss gerechnet werden. Diese können zum Teil auch länger andauern. Auch örtliche Ausgangssperren sind kurzfristig möglich.

Die Kommunikation mit Mobiltelefonen kann infolge von Anschlägen, bei denen oftmals auch Mobilfunkeinrichtungen betroffen sind, eingeschränkt sein.

Die Kriminalitätsrate in Nigeria ist hoch. Insbesondere in der Wirtschaftsmetropole Lagos kommt es immer wieder zu Serien bewaffneter Überfälle, auch in den von Ausländern bevorzugten Stadtgebieten Victoria Island, Ikoyi, Lekki und Ikeja. Kriminelle Vorfälle werden seit Anfang 2016 auch in Abuja vermehrt verzeichnet.

Die Infrastruktur in Nigeria ist mangelhaft. Die Versorgungslage - insbesondere Benzin, Strom- und Wasser - ist häufig unzureichend. Die Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, Fax, E-Mail) sind häufig gestört. Das Mobiltelefonnetz (GSM-Standard) deckt nicht das ganze Land ab.

Die medizinische Versorgung im Lande ist mit Europa nicht zu vergleichen. Sie ist vor allem im ländlichen Bereich vielfach technisch, apparativ und /oder hygienisch problematisch. In den großen Städten findet man jedoch einige Privatkliniken mit besserem Standard“ (Auswärtiges Amt, 2018).

„In Nigeria verschärfen sich in letzter Zeit die zum Teil gewaltsam ausgetragenen Spannungen zwischen muslimischen und christlichen Bevölkerungsanteilen; insbesondere die Attacken der salafistischen Miliz Boko Haram gegen Christen erschüttern immer wieder das Land; gerade in Nigeria zeigt sich deutlich die Überlagerung religiöser, ethnischer, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Konfliktursachen. Der UNHCR registrierte im Jahr 2013 etwa 26.000 Flüchtlinge aus Nigeria“ (Deutscher Bundestag, 2016).